

Stop dem Funktionärsterror !  
-----

Abrechnung der Geschädigten mit  
Peter Wiederkehres ~~Politik~~

"Eine Gesundheits<sup>direktion</sup>~~politik~~, deren Politik krank macht, tolerieren wir nicht... An den Folgen ihrer Politik werden wahrscheinlich mehr Menschen sterben als an den Folgen der Ereignisse in Schweizerhalle. Wir sind gezwungen, eine politische Aussage zu machen: Herr Peter Wiederkehr darf nicht wiederkehren."

So das Fazit <sup>den Worten einer Angehörigen</sup> ~~einer Erklärung~~ der "Unabhängigen Aerzte der Region Zürich" anlässlich einer Pressekonferenz, zu der sie am 26. März 1987 aufgerufen hatten, zusammen mit den Vertretern anderer Leidtragender der Wiederkehr'schen Gesundheitspolitik, <sup>mit</sup> Professoren und Krankenschwestern des Universitätsspitals, <sup>mit</sup> Apothekern, Patienten und Betreuern drogenabhängiger Jugendlicher. Da Peter Wiederkehr es nicht für nötig erachtete, der Einladung Folge zu leisten und die Teilnahme an einer Wahlversammlung im Limmattal vorzog,

wurden die gegen ihn erhobenen schweren Vorwürfe von keiner Seite entschärft. Im Gegenteil; gerade die mit uneinsichtiger Sturheit verfochtene erneute Regierungsratskandidatur lässt den Skandalberg umso mehr zum Himmel stinken.

Worum geht es? Zum Beispiel um die Renovation des Universitäts-spitals: Für dem seit 10 Jahren laufenden und auf weitere zehn Jahre geplanten Umbau, der 20 Jahre lang Jahr für Jahr 25 Millionen verschlingt, wurden von Anfang an die Nachteile auf die Patienten überwältigt. Da für den Spitalbetrieb keine Ausweichmöglichkeiten geschaffen wurden, finden sich die Schwerkranken und ihre Betreuer täglich dem Lärm und den Erschütterungen der Bauarbeiten ausgesetzt. Zudem werden die dringendsten Erneuerungen im grossen Bettenhaus, mit seinen veralteten Achterzimmern und ungenügenden hygienischen Einrichtungen erst am Schluss, erst in den Neunzigerjahren in Angriff genommen.

Prominente Professoren befürchten, ~~zudem~~, dass die Ausbildung der zukünftigen Aerzte unter den herrschenden Bedingungen nicht länger zu gewährleisten ist. Nicht nur die bauliche, auch die personale Situation ist bedenklich. Die Klinikvorsteher werden in <sup>massgeblichen</sup> ~~vielen~~ Entscheidungen von ~~Belang~~ übergegangen; freigewordene Chefarztstellen werden zum Beispiel ohne Rücksprache mit der Fakultät durch Leute von Wiederkehrs Wahl und Zuschnitt besetzt. Die Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal sind so schlecht, dass viele Schwestern und Pfleger an private Kliniken oder in andere Berufe abwandern.

Sagenhaft sind die Eingriffe, welche sich eine Anzahl praktizierender Aerzte vom Gespann Gesundheitsdirektor Wiederkehr - Kantonsarzt Kistler gefallen lassen mussten: Schikanen bei der Erteilung von Praxisbewilligungen, willkürliche Praxisbewilligungsentzüge, verbunden mit Bespitzelung, Rufmord an Aerzten, Forderung <sup>nach</sup> ~~der~~ Herausgabe ganzer Krankengeschichten und damit <sup>nach</sup> ~~der~~ Verletzung des ~~Be-~~ <sup>Arzt</sup> rufsgeheimnisses - und all dies

nicht wegen Berufsfehlern, sondern auf Grund eines besonders selbstlosen Einsatzes einzelner Aerzte für ihre Patienten. Hier geht es um die tragischsten Zusammenhänge von Wiederkehrrs Regierungspraxis, um die Existenz von Menschen. Aerzte zum Beispiel, welche sich gegen das im April 1985 von der Gesundheitsdirektion erlassene Spritzenabgabeverbot zur Wehr setzten, nicht nur, weil es jeder Rechtsgrundlage entbehrte, sondern weil sie die verheerenden Folgen voraussahen, mussten sich wie Gesetzesbrecher behandeln lassen. 1½ Jahre lang wurde die repressive Drogenpolitik mit Polizeimethoden aufrechterhalten. Das Resultat ist, dass heute 60-90% der drogenabhängigen Jugendlichen <sup>in Zürich</sup> HIV-positiv sind, ein grosses Heer verelendeter, gedemütigter, kranker junger Menschen. *behaltenen Aerzte*  
Die "~~Unabhängigen Aerzte~~" halten fest, dass Gesundheitsdirektor und Kantonsarzt "durch ihr Verhalten das erste Gebot ärztlicher Ethik - vor allem keinen Schaden anzurichten - aufs grösste missachtet haben".  
Die Frage ist, wer dieser Missachtung für eine weitere Amtsperiode zustimmen will.